

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2015 der Stadt Landshut

*am 5. Dezember 2014, Christine Ackermann, Vertreterin der ökologisch-demokratischen Partei ÖDP im Landshuter Stadtrat
Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meiner Haushaltrede möchte ich erst auf ein paar Aussagen meiner Vorredner eingehen:

Herr Haslinger, es ist falsch wegen der Kosten die Axt bei der Stadtbücherei anzusetzen. In diesem Haushaltsposten ist auch die Schulbücherei inbegriffen. Durch sie soll bei den Schülern die Lesekompetenz gestärkt werden. Das Internet ist hierfür kein gleichwertiger Ersatz!

Außerdem sagen sie Herr Haslinger, dass wir sparen müssen. Da sind wir ausnahmsweise einer Meinung. Aber ihre Fraktion besteht auf Fraktionsbüro mit Fraktionssekretärin, obwohl sie vorher versprochen haben, bevor sie den Fraktionsstatus bekamen, dass sie darauf verzichten wollen. Da fehlt mir die Konsequenz!!

Frau Hagl lobt die Blaue Tür als wichtige Anlaufstelle für Obdachlose und Wohnung suchende bei der Diakonie. Erwähnt wurde aber nicht, dass der Zuschussantrag der Diakonie im Haushaltsausschuss abgelehnt wurde und nur dem ÖDP-Antrag zu verdanken ist, dass er heute im Haushaltsplenum nochmal zur Abstimmung gestellt wird.

Nun aber zum Haushalt der Stadt Landshut:

Das Haushaltsvolumen für 2015 ist wieder gestiegen auf sensationelle ¼ Milliarde €!
Diese hohe Summe möchte ich den immer noch hohen Zahlen der Schulden der Stadt Landshut gegenüberstellen:

Nehmen wir die 130 Mio € Verwaltungsschulden, die 30 Mio € von Bayerngrund und die 10 Mio € der LEG, so hat die Stadt Landshut schon 170 Mio € Schulden. Werden die 63 ½ Mio € der Stadtwerke hinzugezählt, so stehen 233 ½ Mio € Schulden den 253 Mio € des Haushaltsplans für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt gegenüber. Dabei habe ich die Schulden der kostenrechnenden Einrichtungen und die des Klinikums nicht dazugezählt! Beim Vergleich dieser Zahlen wird mir bewusst, dass unsere Schulden, auch wenn in den letzten Jahren endlich begonnen wurde sie abzubauen, diese noch immer immens hoch sind! Die Zinsaufwendungen sind auf Grund des Schuldenabbaus und des geringen Zinsniveaus rückläufig, betragen aber immer noch 5,16 Mio €. Das ist immer noch eine sehr hohe Belastung für den städtischen Haushalt. Man darf sich gar nicht vorstellen, welcher Betrag sich ergeben würde, wenn das frühere hohe Zinsniveau wieder Anwendung fände! Ewig bleibt der Zins nicht so niedrig, umso wichtiger ist es weiter Schulden abzubauen. Das fordere ich seit 18 Jahren, damit unsere Kinder und Enkel handlungsfähig werden und nicht zu Marionetten unserer Schulden- und Haushaltspolitik!

Die Forderung der Grünen, Investitionen mit Fremdfinanzierung zu bezahlen, kann die ÖDP überhaupt nicht gut heißen.

An Hand dieses Zahlenspiels erkennt man auch, dass die Stadt wenig Spielräume für manch notwendige Ausgabe hat, beispielsweise für Schulsanierungen, Erweiterungsbauten und Dachsanierung der Eishalle. Es steht trotz des hohen Haushaltsvolumens nur wenig Geld zur

Verfügung. An Extravaganzen, wie der einmal angedachte Erweiterungsbau des Theaters, darf nicht einmal gedacht werden!!!! Aber der steht momentan ja Gott sei Dank nicht zur Diskussion.

Im Haushaltsentwurf für 2015 wird mit 15 Mio € Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Davon entfallen 5 Mio € auf die Gewerbesteuer, 1 Mio € die Umsatzsteuer und zusätzlich werden 1 Mio € mehr Schlüsselzuweisungen erwartet. Diese geplanten Einnahmen sind mehr als doppelt so hoch, als sie noch 2001 – 2003, in den Jahren des großen Gewerbesteuereinbruchs waren!

Diese positiven zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 45 Mio € dürfen nicht zu euphorisch gesehen werden. Der Kämmerer, Herr Aigner, klärte uns im Haushaltsausschuss auf, dass von 1 Mio € Gewerbesteuereinnahmen abzüglich der Gewerbesteuerumlage, Änderung der Schlüsselzuweisung im darauffolgenden Jahr usw., netto der Kommune nur 367.714 € übrig bleiben. Also bitte auf dem Boden der Realität bleiben und nicht abheben bei den positiven Prognosen!

Ein weiterer Rekord im Haushaltsplan für 2015 sind die Investitionen in Höhe von 40,97 Mio €, eine Steigerung von fast 7 % gegenüber 2014!

Finanziert werden sie über Gewerbesteuereinnahmen, Zuführungen, Grundstücksverkäufe, Rücklagenentnahmen usw. Die großen Projekte sind hauptsächlich Schul- und Sportstättenanierungen und Investitionen in die Landshuter Feuerwehr.

32 Mio € werden 2015 von der „Giftliste 2014“ abgearbeitet und in die Finanzplanung aufgenommen. Das ist nur ein Teil der ursprünglichen 74,9 Mio € der verschobenen Investitionen.

Die nun neue Liste 7 b, eben auch als „Giftliste“ bekannt, enthält 2015 immer noch 54 Mio €. Die meisten anstehenden Projekte in Höhe von 48 Mio € wurden bereits 2014 zurückgestellt. Das bedeutet, es wären im Jahr 2015 Investitionen in Höhe von gut 54 Mio € zusätzlich nötig gewesen. Auf der Strecke bleiben die schon so oft gestrichene energetische und gebäudetechnische Sanierung der Karl-Heiß Grundschule, Generalsanierung der Grund- und Mittelschule Nikola, Mensa der Staatlichen Realschule, Turnhallensanierung des Hans-Leinberger-Gymnasiums, Dachsanierung der Eishalle, Radwegverbindung nach Münchnerau, aber auch der Höhenweg.

Für diesen Höhenweg wurden die benötigten 150.000,- € wieder gestrichen, obwohl dieser laut Bebauungsplan von der Stadt Landshut seit Jahren hätte umgesetzt werden müssen. Damit hat man wiederum nicht die Ernsthaftigkeit zur Ortsabrundung und gleichzeitig auch ein Abschluss der Bebauung zum Salzdorfer Tal mittels eines Höhenweges gezeigt.

Es wird zwar bereits 2015 weiter in die Sanierung der Sportstätten investiert, aber das ist nur ein Teil des tatsächlichen Bedarfs.

Zusätzlich belasten die Sportstätten den Stadtsäckel bei den freiwilligen Ausgaben.

Die ÖDP kritisiert seit Jahren, dass zu wenig bei den freiwilligen Ausgaben gespart wird, was auch die Regierung von Niederbayern und der kommunale Prüfungsverband fordern.

In den letzten Jahren monierten Frau März-Granda und ich, dass im kulturellen Bereich zu viel Geld ausgegeben wird. Hier betonten wir, dass vor allen Dingen beim Theater und den Museen durchaus noch Einsparpotential vorhanden ist.

Der zweite große Posten der freiwilligen Ausgaben der Stadt ist der Bereich Sport und Naherholung mit 19,24 %. Die sind gegenüber den letzten Jahren sogar noch gestiegen. Das bedeutet, dass 2.790.752,- € der insgesamt 14,5 Mio € freiwilligen Ausgaben für diesen Bereich ausgegeben werden. Wie gesagt, bei diesem Betrag sind die Investitionsausgaben in Höhe von 830.000,- € für die Sportvereine noch nicht beinhaltet.

Es hat uns sehr gefreut, dass Herr Oberbürgermeister vor kurzem sagte, dass er die Vereine stärker in die Pflicht nehmen möchte und sie auf hohem Standard mit viel Geld unterstützt

werden.

Grundsätzlich sind wir mit dem Herrn Oberbürgermeister da einer Meinung, aber nur grundsätzlich.

Bisher wird die Förderung der Vereine sehr unterschiedlich gehandhabt. Vereine, die in stadteigenen Gebäuden untergebracht sind, bekommen in der Regel einen höheren Zuschuss, als Vereine in vereinseigenen Gebäuden. Vergleicht man einige Vereine in ihren Zuschüssen pro Mitglied, so ergeben sich große Unterschiede in der Förderhöhe.

Die ÖPD hat deshalb den Antrag gestellt, dass ein neues Konzept für eine transparente und gerechte Verteilung der freiwilligen Leistungen der Stadt Landshut bei den Vereinen erarbeitet wird. Tendenziell müssen die freiwilligen Leistungen der Stadt Landshut verringert werden, wozu auch eine kritische Betrachtung der Vereinszuschüsse gehört.

Die Zuschüsse an die Sportvereine sollen nicht nach der „Rasenmähermethode“ mit einem bestimmten Prozentsatz gekürzt werden, vielmehr soll eine gerechtere Verteilung und nicht weiterhin die Bevorzugung einzelner Vereine stattfinden. Bei dem Zuschusskonzept der Landshuter Sportvereine muss sich dringend etwas ändern, es muss transparenter und gerechter werden!!

Eine zusätzliche Belastung wird für die Stadt Landshut in den nächsten Jahren die Lösung des aktuellen Verkehrschaos in der Stadt sein. Diese Situation wird sich bei weiter anhaltendem Bevölkerungswachstum noch mehr zuspitzen.

Es muss uns bewusst sein, dass wir eine effektive Lösung im doppelten Sinn brauchen. Der finanzielle Aufwand darf die Stadt nicht für die nächsten Jahrzehnte blockieren, wie es der Deimer-Tunnel macht.

Zum anderen muss die Lösung schon gut greifen, weil die Schmerzgrenze im täglichen Stau vieler Verkehrsteilnehmer längst überschritten ist.

Nach Meinung der ÖDP muss das Problem vielschichtig angegangen werden. Das Radverkehrskonzept ist schon mal ein sehr wichtiger positiver Schritt in die richtige Richtung. Vordringlich muss erreicht werden, dass viel mehr Autofahrer für Kurzstrecken bis zu 3 km das Fahrrad benutzen und dabei die ihnen dadurch entstehenden Vorteile erkennen. Das reicht von gesundheitlichen, finanziellen und zeitlichen Pluspunkten bis hin zu mehr Unabhängigkeit, weil man nicht durch Stauzeiten gegängelt wird. Nicht zu vergessen sind die positiven Auswirkungen auf die Umwelt durch die Reduzierung der Schadstoffe und des CO₂-Ausstoßes.

Dies wäre schon ein wichtiger Mosaikstein des Gesamtbildes bei der Lösung des Landshuter Verkehrsproblems. Dafür müssten aber die Kollegen Herr Reichwein, Herr Haslinger und Herr Götzer im Verkehrssenat endlich aufhören die guten Vorschläge von Herrn Stadler, die das Radverkehrskonzept auf den Weg bringen sollen, durch Aufschiebetaktik oder Gegenstimmen zu traktieren.

Ein Umdenken muss beginnen! Es darf nicht nur angesagt sein mit schickem Auto vorzufahren, sondern es muss auch „hipp“ sein mit dem Fahrrad unterwegs zu sein! Bei vielen jungen Leuten hat Gott sei Dank auch in Landshut diese kleine Revolution schon begonnen. Ich kenne viele Berufstätige, auch Ältere, die mit Anzug oder Sakko das ganze Jahr über täglich in die Arbeit radeln. Diese Menschen sind aber nicht Mitglied der ÖDP oder der Grünen, nein die haben einfach die Vorteile des Radfahrens erkannt und ziehen bei schlechtem Wetter die richtige Schutzkleidung an. Holland hat es uns schon vorgemacht, wir wären nicht die Ersten!

Ein weiterer Lösungsweg ist nach Meinung der ÖDP die Verbesserung des ÖPNVs. Hier wurde mit der Gründung des Mobilitätsforums der richtige Weg eingeschlagen. Es soll ein Konzept für die verbesserte Mobilität in der Stadt und dem Landkreis erstellt werden. Ich hoffe hier auf konstruktive Mitarbeit aller Kollegen. Wenn die Not groß genug ist, erkennt

auch ein CSU-Oberbürgermeister und ein Freie Wähler-Landrat, dass Stadt und Landkreis zusammenarbeiten müssen und dass Straßen nicht die einzige Lösung bei Verkehrsproblemen sind! Das findet die ÖDP spitze!

Der ÖPNV muss über die Stadtgrenzen hinaus mit dem Landkreis und seinen Gemeinden vernetzt und finanziert werden. Der meiste Verkehr in der Stadt ist Ziel- und Quellverkehr. Deshalb ist es falsch auf die Verlängerung der B 15 neu zu hoffen, um das Problem zu lösen. Das ist der falsche Ansatz, weil diese Autobahn uns nur mehr Verkehr bringt, als die Stadt entlasten würde. Zudem ist es fraglich, ob und wann sie weitergeführt werden soll.

Ziel- und Quellverkehr kann am besten mit der Erhöhung des Radverkehrs angegangen werden und noch viel mehr durch eine Verbesserung des ÖPNV. Eine Taktverdichtung in Verbindung mit einer besseren Linieneinführung trägt dazu bei.

Ich freue mich sehr, dass der ÖDP-Antrag für eine neue Buslinie als Nord-Süd-Verbindung im Osten der Stadt im Stadtrat und im Ergoldinger Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde und im neuen Mobilitätskonzept berücksichtigt werden soll. Finanziert wird diese neue Buslinie von der Stadt und Ergolding gemeinsam.

Bereits vor 18 Jahren beantragte ich eine Buslinie von Norden nach Süden im Osten der Stadt. Damals war der Stadtrat nur noch nicht dazu bereit.

Der ÖPNV ist zwar grundsätzlich defizitär, aber wenn man sich die Finanzierung der Straßen ansieht, so haben sie ein um vielfach höheres Defizit. Der ÖPNV wird in den Diskussionen immer als Kostenfaktor genannt, die Straßen werden fälschlicherweise Investitionen genannt. Bei den Straßen haben wir es aber nicht nur mit den reinen Baukosten zu tun, sondern der jährliche Straßenunterhalt und teure Brückensanierungen sind ständig wiederkehrende Folgekosten. Allein die jährlichen Unterhaltskosten für den Josef-Deimer-Tunnel betragen mindestens 1 Mio €!!

Schauen wir doch in die belgische Stadt Hasselt wie sie ihr Verkehrsproblem gelöst hat.

Hasselt war 1996 das fünftstärkste Dienstleistungs- und Handelszentrum Belgiens und hatte 68.000 Einwohner. Es stand vor dem Ruin und konnte deshalb keinen zur Verkehrsentslastung benötigten dritten Umfahrungsring finanzieren.

Aus diesem Grund beschloss man nicht die teure Straße zu finanzieren, sondern in den ÖPNV zu investieren.

Das Bussystem wurde ausgebaut und ein 15-Minuten-Taktfahrplan eingeführt. Öffentlich wirksamer Höhepunkt war, dass seit 1. Juli 1997 alle Busse von jedermann kostenlos zu nutzen waren. Zugleich wurde die Öffentlichkeit aufgeklärt, wie teuer jeder Kilometer mit dem eigenen Kraftfahrzeug ist.

800 Parkplätze wurden abgeschafft. Parkgebühren wurden eingeführt und die Einnahmen investierte die Stadt direkt in den öffentlichen Verkehr. Der vielspurige Innenstadtring wurde mit 400 Bäumen bepflanzt und zum fuß- und radfahrerfreundlichen „Grünen Boulevard“ umgestaltet.

Während der Pilotphase in den Jahren 1997 bis 2000 teilte sich die Stadt Hasselt und das Land Flandern die Kosten für das Bussystem. Das ist für mich auch konsequent, weil sich das Land dadurch auch Zuschüsse für den Straßenbau spart!

Die Stadt erstattete dem Verkehrsanbieter die Einnahmehausfälle. Trotz der Fahrgastzuwächse blieb dies ein vernachlässigbarer Posten im kommunalen Haushalt. Hasselt musste weniger als 1 % des städtischen Budgets an die Verkehrsanbieter zahlen, das bedeutete ca. 18,- € pro Steuerzahler.

Die Folge dieser Verkehrspolitik war, dass sich in rund 15 Jahren der Umsatz und die Arbeitsplätze in der Innenstadt verdreifachten.

Seit der Umstellung auf Nulltarif wuchs die Anzahl der jährlichen Fahrgäste von 360.000 im Jahr 1996 auf 4 Millionen im Jahr 2004. Durch den großen Erfolg zahlten immer weniger

Leute für Parkplätze, so dass die Finanzierunggrundlage wegbrach. Deshalb wurde 2012 wieder eine kleine Gebühr von 50 ct pro Fahrt mit dem ÖPNV eingeführt.

Vierspurige Straßen konnten auf 2 Spuren zurückgebaut werden, weil die breiten Verkehrsadern nicht mehr benötigt wurden. Mit Temporeduktionen und Baumaßnahmen wurde 2005 der Aspekt der Verkehrssicherheit noch einmal besonders in Angriff genommen. Übrigens der Bürgermeister von Hasselt wurde Verkehrsminister von Flandern.

Das war keine Geschichte über Utopia, sondern ein reeller Bericht über eine Stadt, die den Mut hatte einen ungewöhnlichen Weg gegen das Verkehrschaos einzuschlagen und nebenbei auch noch Geld zu sparen.

Hasselt zeigt uns, dass nicht immer neue Straßen gegen steigende Straßenverkehrszahlen helfen.

Es haben viele Städte versucht Hasselt nachzueifern, die meisten sind aber gescheitert, weil ihnen ein Gesamtverkehrskonzept gefehlt hat.

Was bedeutet das Beispiel der Stadt Hasselt für Landshut?

Wir brauchen für Landshut und das Umfeld der Stadt ein Gesamtverkehrskonzept unter Berücksichtigung einer Verbesserung des ÖPNV. Nur so schaffen wir es, dieses komplexe Verkehrsproblem, hauptsächlich verursacht durch Ziel- und Quellverkehr, in Landshut ökonomisch und ökologisch zum Wohle der Bürger in den Griff zu bekommen.

Nach Meinung der ÖDP bringt uns eine Machbarkeitsstudie von Prof. Kurzak nichts, wenn eine Verbesserung des ÖPNV unberücksichtigt bleibt. Wir müssen mutig neue Wege gehen, denn wohin uns die alten geführt haben, das können wir täglich in der Konrad-Adenauer-Straße sehen! Wir müssen endlich anfangen die realen Gesamtkosten neuer Straßen und neuer Parkplätze zu sehen. Beim ÖPNV werden im Vergleich auch immer die tatsächlichen Kosten vorgerechnet!

Es ist falsch Herrn Kurzak wieder den Auftrag für ein Gutachten zu geben, nur weil er sich in die Verkehrsverhältnisse und das Zahlenwerk der Stadt Landshut schon eingearbeitet hat.

Meines Erachtens fallen die Gutachten von Herrn Kurzak immer pro Auto aus. Es ist falsche Sparsamkeit, die Machbarkeitsstudie wieder in die gleichen Hände zu geben.

Wir brauchen endlich ein Gesamtverkehrskonzept unter Berücksichtigung einer Optimierung des ÖPNVs. Nur das lenkt die katastrophalen Verkehrsverhältnisse in der Stadt in eine positive Richtung. Eine Betrachtung nur eines Teilbereichs wäre nur Flickschusterei.

Der Stadtrat hat schon so viele Gutachten teuer erstellen lassen, die letztendlich nicht berücksichtigt wurden. Das einzige was der Stadt davon übrig geblieben ist, waren die Kosten dafür und ein paar Aktenordner mehr. Lassen Sie uns endlich für ein Gutachten entscheiden, das der Stadt wirklich hilft.

Durch den zukunftsweisenden Beschluss die Müllverbrennungsanlage in ein Biomasseheizkraftwerk umzubauen, hat der Stadtrat in der Vergangenheit schon Mut bewiesen.

Die ÖDP würde sich freuen, wenn der Stadtrat wieder den Mut aufbringt und sich für ein Gesamtverkehrskonzept begeistern könnte, von dem die breite Bevölkerung Nutzen zieht! Im Großen und Ganzen sind im Haushaltsplan 2015 keine unnötigen Ausgaben enthalten. Obwohl der finanzielle Spielraum nur gering ist, werden trotzdem Schulden getilgt und wichtige Investitionen getätigt.

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Landshut stimmen Frau März-Granda und ich zu.

Dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke, den Haushalts- und Wirtschaftsplänen der Hl. Geistspitalstiftung und der Waisen- und Jugendstiftung der Stadt Landshut für das Haushaltsjahr 2015 stimmen wir als Vertreter der ÖDP ebenso zu.

Bei den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung bedanken wir uns sehr herzlich für die stets gute Zusammenarbeit und möchten allen, auch Ihnen Herr Oberbürgermeister und Ihren verehrten Kollegen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr wünschen.

Diese guten Wünsche gelten ebenso für die Gäste und die Vertreter der Presse.